

Rettung der lokalen Wirtschaft: Margaretner EPU, Neue Selbstständige und KleinstunternehmerInnen brauchen sofort wirksame finanzielle Hilfen!

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2021 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, dass die Bundesregierung und insbesondere der Herr Bundeskanzler, Karl Nehammer MSc, und der Herr Bundesminister für Finanzen, Dr. Magnus Brunner, LL.M, ihrer Verantwortung nachkommen und dafür Sorge tragen, dass die Gelder des Härtefallfonds unverzüglich angewiesen werden, sowie, dass es zu einer Stundung aller Steuerforderungen und aller Zahlungen an Sozialversicherungsträger bis Mai 2022 für die Margaretner EPU, Neue Selbstständige und KleinstunternehmerInnen kommt.

Begründung

Die türkis – grüne Bundesregierung hat zwar die Pandemie im Sommer mehrfach für beendet erklärt. Die Realität ist leider eine andere. Die MargaretnerInnen und die Margaretner Wirtschaft befinden sich mittlerweile im vierten notwendigen Lockdown.

Die zig Warnungen von Seiten der Wissenschaft, Wirtschaft und Interessensvertretungen bei der Pandemiebekämpfung, gerade auch was die Wirtschaftshilfen betrifft, wurde von Seiten der Bundesregierung negiert.

Durch das Auslaufenlassen des Härtefallfonds Ende September und der nun sehr schleppenden Reaktivierung nach eineinhalb Monaten wird es zu großen zeitlichen Verzögerungen bei der Einreichung des Härtefallfonds kommen.

Neben laufenden Löhnen und Gehältern müssen die Margaretner Betriebe jetzt auch das Weihnachtsgeld und die Raten aus den COVID-Stundungen beim Finanzamt und der Sozialversicherung zahlen. Dies treibt die Margaretner EPU, Neue Selbstständige und KleinstunternehmerInnen in berechnete Existenzängste.